

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR, der BfA und der BA zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 17./18.11.2004

1. Statuskennzeichen für Familienangehörige und GmbH-Geschäftsführer;
hier: Änderung im DEÜV-Meldevordruck und in der Anlage 9 des gemeinsamen Rundschreibens „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“
-

- 316.02 -

Durch Artikel 4 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt wird der § 28a Abs. 3 Satz 1 SGB IV zum 01.01.2005 geändert. Nach den neu eingefügten Nummern 10 und 11 und einer Absprache der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung enthalten die Meldungen zusätzlich für jeden Beschäftigten

- das Statuskennzeichen „1“, wenn der/die Beschäftigte zum Arbeitgeber in einer Beziehung als Ehegatte, Lebenspartner, Verwandter oder Verschwägerter in gerader Linie bis zum zweiten Grad steht (das zurzeit noch nicht verabschiedete Verwaltungsvereinfachungsgesetz sieht eine Beschränkung der Kennzeichnungspflicht auf Anmeldungen von Ehegatten und Lebenspartnern vor) oder
- das Statuskennzeichen „2“, wenn der/die Beschäftigte als geschäftsführender Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung tätig ist.

In der Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 13./14.07.2004 (Punkt 2 der Niederschrift) wurden die Auswirkungen dieser gesetzlichen Änderung besprochen und unter anderem festgelegt, dass die Stelle 185 im Datensatz DSME für die Aufnahme der vorgenannten Statuskennzeichen Verwendung finden soll.

Zwischenzeitlich hat sich eine Arbeitsgruppe der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung mit den Auswirkungen des am 01.01.2005 in Kraft tretenden Gesetzes einschließlich der zu erwartenden Änderungen befasst. Die Arbeitsgruppe verständigte sich darauf, dass die Einzugsstellen die versicherungsrechtliche Beurteilung der Ehegatten bzw. Lebenspartner auch weiterhin vornehmen werden. Problematisch ist, dass die Bindungswirkung bezüglich der Feststellung der Versicherungspflicht durch die Einzugsstellen für die Bundesagen-

tur für Arbeit (BA) nach dem Gesetzeswortlaut des § 336 SGB III nur für die Bescheide der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) gilt. Die BA ist daher nach dem Gesetzeswortlaut an die Feststellung der Versicherungspflicht durch die Einzugsstellen nicht gebunden. Zu diesem Problempunkt erklärte sich die BA jedoch bereit, auch die Feststellungen der Einzugsstellen anzuerkennen, wenn eindeutige Kriterien zur Feststellung der Versicherungspflicht für die vorgenannten Personenkreise festgelegt werden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat dieser Vorgehensweise zugestimmt.

Zur Umsetzung der Beschlüsse wurde Folgendes vereinbart:

1. Anmeldungen mit Abgabegrund 10 und Statuskennzeichen 2 werden ohne Prüfung der Versicherungspflicht durch die Einzugsstellen an die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung (DSRV) weitergeleitet.
2. Anmeldungen mit Abgabegrund 10 und Statuskennzeichen 1 werden von den Einzugsstellen nicht sofort an die DSRV weitergeleitet, sondern führen zum Versand des vereinbarten Feststellungsbogens an den Arbeitgeber. Bei diesen Fällen ist wegen der gesetzlichen Meldefristen ein zeitnaher Rücklauf der Feststellungsbögen zu überwachen.
 - 2.1 Beantwortet der Arbeitgeber im Feststellungsbogen eine der Fragen unter den Ziffern 3.2 bis 3.7 (mit Ausnahme der Ziffer 3.5) mit „Ja“, wird das Statuskennzeichen im Datensatz DSME auf 5 (Statusfeststellung konnte von der Einzugsstelle nicht durchgeführt werden) gesetzt und der Datensatz an die DSRV gesandt. Parallel erhält die Clearingstelle der BfA den Feststellungsbogen durch die Einzugsstelle per Papier übersandt.
 - 2.2 Trifft die vorgenannte Fallkonstellation nicht zu und kann die Einzugsstelle die Versicherungspflicht eindeutig feststellen, erstellt sie für den Arbeitgeber und den Versicherten einen entsprechenden Bescheid. Das Statuskennzeichen im Datensatz DSME wird auf 3 (die Statusfeststellung erfolgte durch die Einzugsstelle mit dem Ergebnis „Versicherungspflicht besteht“) gesetzt und der Datensatz an die DSRV gesandt.
3. Aufgrund rentenversicherungsinterner Vereinbarungen erhält die BfA alle Meldungen, in denen ein Statusfeststellungsverfahren durch die Einzugsstellen durchgeführt wurde oder durch die Clearingstelle der BfA durchzuführen ist.

- 3.1 Die BfA schickt für alle Anmeldungen mit Grund 10 und Statuskennzeichen 2 einen Feststellungsbogen an den Arbeitgeber und prüft, ob dem Grunde nach Versicherungspflicht vorliegt. Der Arbeitgeber und der Versicherte bzw. Beschäftigte erhalten jeweils einen Bescheid über den Ausgang des Verfahrens.
- 3.2 Die BfA erwartet bei Anmeldungen mit dem Statuskennzeichen 5 innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt der Anmeldung mit dem Statuskennzeichen 5 den Eingang des Feststellungsbogens von der bearbeitenden Einzugsstelle. Liegt innerhalb dieses Zeitraumes der Feststellungsbogen nicht vor, wird die Einzugsstelle an die Zusendung erinnert. Nach Eingang des Feststellungsbogens wird das Statusfeststellungsverfahren durch die Clearingstelle der BfA aufgenommen und mit Bescheiderteilung gegenüber dem Arbeitgeber und dem Versicherten/Beschäftigten abgeschlossen.
- 3.3 Entscheidet die Clearingstelle der BfA über den Status des Beschäftigten (Statuskennzeichen 2 oder 5), werden die antragstellende Einzugsstelle und die BA über den Ausgang des Statusfeststellungsverfahrens informiert. Die Information erfolgt durch Rücksendung des Anmeldedatensatzes an die Einzugsstelle bzw. durch Weiterleitung an die BA. Dabei wird das Fehlerkennzeichen im Datensatz DSME (Stelle 062) mit dem Wert 4 versehen und ein Hinweis im Datenbaustein DBFE angefügt. Der Hinweis kann die nachfolgenden Ausprägungen enthalten:
- H10 = Statusfeststellungsverfahren ergab Versicherungspflicht dem Grunde nach,
H20 = Statusfeststellungsverfahren ergab keine Versicherungspflicht oder
H30 = Versicherungspflicht dem Grunde nach konnte nicht festgestellt werden, wobei der Hinweis „H30“ in der Regel den Sachverhalt bezeichnet, in dem der Feststellungsbogen durch den Arbeitgeber nicht zurückgesandt wurde.
- 3.4 Hat die Einzugsstelle bereits über die Versicherungspflicht entschieden (Eingang der Anmeldung mit Statuskennzeichen 3) wird die BA über den Sachverhalt von der BfA informiert. Dazu wird in der eingehenden Anmeldung das Fehlerkennzeichen im Datensatz DSME (Stelle 062) mit dem Wert 4 versehen und ebenfalls ein Hinweis im Datenbaustein DBFE angefügt. Der Hinweis im Datenbaustein DBFE erhält die Ausprägung
- H90 = Versicherungspflicht wurde durch die zuständige Einzugsstelle festgestellt.

Tritt nach Entscheidung der Clearingstelle der BfA eine Änderung in der Form ein, dass der erlassene Bescheid zurückzunehmen ist (z. B. nach einem Klage-/Widerspruchsverfahren),

erteilt die Clearingstelle der BfA einen neuen Bescheid gegenüber dem Arbeitgeber/Beschäftigten und informiert die Einzugsstelle und die BA in einem maschinellen Verfahren über diese Entscheidung. Dazu wird die ursprüngliche Anmeldung wie oben beschrieben um einen Hinweis im Datenbaustein DBFE ergänzt. Dieser enthält die folgende Ausprägung:

H11 = Überprüfungsverfahren ergab Versicherungspflicht dem Grunde nach,

H21 = Überprüfungsverfahren ergab keine Versicherungspflicht.

Im Übrigen sind ausschließlich Anmeldungen mit Meldegrund 10 (Aufnahme einer Beschäftigung) und nicht Anmeldungen mit den Meldegründen 11 (Krankenkassenwechsel), 12 (Beitragsgruppenwechsel) oder 13 (sonstige Gründe, Änderungen im Beschäftigungsverhältnis) zu überprüfen. Bei Anmeldungen mit den Meldegründen 11, 12 oder 13 wurde die Versicherungspflicht bereits aufgrund der vorausgegangenen Anmeldung überprüft.

Die Besprechungsteilnehmer stimmen den Ergebnissen der Arbeitsgruppe zu und vereinbaren die erforderlichen Änderungen des gemeinsamen Rundschreibens „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ und des gemeinsamen Kernprüfprogramms. In Letzterem ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass Anmeldungen mit Grund 10 und Statuskennzeichen 1 auf dem Meldeweg Krankenversicherung zur Rentenversicherung (KVTRV) abzuweisen sind. Ebenfalls abgewiesen werden Anmeldungen mit Meldegrund 10 und Statuskennzeichen 1, 2, 3 oder 5 für Zeiten vor dem 01.01.2005. Als Einsatztermin der geänderten Software wird der 01.01.2005 festgelegt.

Anmerkung

Die „Gemeinsamen Grundsätze zur leistungsrechtlichen Bindung der Bundesagentur für Arbeit an Bescheide im Statusfeststellungsverfahren für Ehegatten/Lebenspartner und GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer (Bindungsregelung Arbeitslosenversicherung)“ der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung sind zwischenzeitlich unter dem Datum vom 11.11.2004 veröffentlicht worden.